

Broschüre über jüdisches Leben im Nachkriegs-Lüneburg

Gewidmet Esther Bejarano

Die Vermutung, dass nach der Befreiung 1945 eine unbekannte Anzahl Jüdinnen und Juden in Lüneburg gelebt haben soll, erhielt nach intensiver Recherche Substanz: Eine große und selbständige jüdische Gemeinde mit insgesamt über 600 Mitgliedern fand sich ab Mitte 1945 in Lüneburg zusammen. Sie entwickelte nicht nur ein kulturelles Eigenleben mit Wirkung nach außen, sie unterhielt auch ein Gemeindebüro, eine Mikwe, ein Restaurant und einen Club.

Den Autor*innen war es ein besonderes Anliegen, die Lebens- und Verfolgungsgeschichte dieser Überlebenden im Nachkriegs-Lüneburg ausführlich aufzuschreiben. Sie steht im Mittelpunkt einer neuen Broschüre, die die Kreisvereinigung Lüneburg der VVN-BdA kürzlich herausgegeben hat.

Bei der Recherche ergaben sich viele Fragen, auf die in der Broschüre eingegangen wird: Warum wurde gerade Lüneburg zum zumeist ersten Zufluchtsort für diese Überlebenden? Wie entwickelte sich die bald gegründete jüdische Gemeinde im Ort? Welche Zukunftsperspektiven hatten die jüdischen Menschen, die jetzt in Lüneburg lebten, heirateten und Kinder bekamen?

Thematisiert werden auch die Schwierigkeiten bei der Versorgung dieses Personenkreises mit Lebensmitteln, Kleidung, den notwendigen Alltagsdingen und Wohnraum. Außerdem wird über die spätere Auswanderung des größten Teils der Mitglieder der

jüdischen Gemeinde – bis zu deren Auflösung 1958/1959 – informiert.

Braune Tradition der Stadt

Dem Verhältnis der Stadt Lüneburg zur jüdischen Gemeinde widmen die Autor*innen ein ausführliches Kapitel. Darin wird deutlich, dass die Überlebenden der Shoa in Lüneburg nicht etwa freundlich aufgenommen und versorgt wurden: In der Stadt lebte auch nach der Niederschlagung des Faschismus eine braune Tradition fort. Eine Übernahme von Verantwortung für die NS-Verbrechen gegenüber den Jüdinnen und Juden fand nicht statt.

Verhältnis zur VVN

Überraschendes fanden die Autor*innen über die Organisationsgeschichte der Lüneburger VVN-BdA heraus: Ab 1947, nach Gründung der VVN, unterstützten sich die Mitglieder der jüdischen Gemeinde und der VVN gegensei-



tig. Zahlreiche Gemeindemitglieder waren in der VVN organisiert (auch der Gemeindevorsteher) und engagierten sich in der Organisation – gemeinsam mit Kommunist*innen und Sozialdemokrat*innen, mit Christ*innen und konfessionslosen Antifaschist*innen. Ein Beispiel für die Zusammenarbeit: Die Mitgliederversammlungen der VVN (im Januar 1948 mit über 200 Teilnehmenden) wurden im Sitzungssaal des jüdischen Gemeindebüros durchgeführt.

Esther Bejarano gewidmet

Die Lüneburger Kreisvereinigung widmet diese Schrift ihrer 2021 verstorbenen Ehrenpräsidentin Esther Bejarano. Sie war eine der ersten

Artikel und Fotos bis zum 8. in geraden Monaten immer an mtb-niedersachsen@vvn-bda.de.

VVN-BdA Landesvereinigung Niedersachsen e.V., Rolandstr. 16, 30161 Hannover, Tel.: 0511-331136, FAX: 0511-3360221, E-Mail: niedersachsen@vvn-bda.de.

Wenn Ihr weiterhin Informationen der VVN-BdA erhalten wollt, teilt uns bitte nach einem Umzug o.ä. Eure neue Adresse mit, Danke!

Wir freuen über Spenden für die Arbeit unserer Landesvereinigung auf das Konto bei der VR-Bank Altenburger Land eG/Deutsche Skatbank, IBAN: DE79830654080004212886, BIC: GENODEF1SLR

Friedensdemo

Die VVN-BdA Niedersachsen unterstützt die Friedens-Demonstration in Berlin am 3. Oktober unter dem Titel »Nein zu Krieg und Hochrüstung! Ja zu Frieden und internationaler Solidarität«. Weitere Infos: nie-wieder-krieg.org **JTF**

KZ-Überlebenden, die im Mai 1945 Lüneburg erreichten, bevor ihr Weg sie auf der Suche nach ihren Familienmitgliedern und Freund*innen weiter nach Bergen-Belsen führte. **PA**

Die Broschüre »Über die Jüdische Gemeinde in Lüneburg 1945 bis 1959« (172 Seiten) kann zum Preis von 5,00 Euro (plus 3,00 Euro Porto) über vvn-bda-lueneburg@vvn-bda-ig.de bestellt werden.

KV Oldenburg/Friesland/Wesermarsch:

Friedensbewegung revitalisieren

Die VVN-BdA-Kreisvereinigung Oldenburg/Friesland/Wesermarsch veranstaltete kürzlich im Mehrgenerationenhaus Nordenham des Caritasverbandes im Landkreis Wesermarsch einen Workshop zur Friedenspolitik.

In Zeiten einer bedrohlichen gesellschaftlichen Rechtsentwicklung setzten sich die Kameradinnen und Kameraden im Rahmen ihrer antifaschistischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit mit dem zunehmenden Rechtsextremismus und mit der Kriegspolitik der Ampel-Regierung einschließlich der Oppositionsparteien CDU/CSU und der AfD auseinander.

Zu Beginn besichtigten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Grabanlage der 154 sowie-

tischen, polnischen und niederländischen Kriegsgefangenen auf dem »Neuen Friedhof« (Friedhof II) im Nordenhamer Ortsteil Blexen. Die Kriegsgefangenen waren als Arbeitskräfte zum Bau eines Flughafens auf dem Blexergroden (heutiger privater Segelflughafen in Kooperation mit Airbus) und in den Industriebetrieben eingesetzt. Zum Abschluss der Begehung legten die VVN-BdA-Mitglieder Nelken an der Grabanlage nieder.

Rolle der VVN-BdA

Die VVN-BdA tritt für eine Revitalisierung der Friedensbewegung ein. Dies scheint nicht nur vor dem Hintergrund einer atomisierten Friedensbewegung ein notwendiger Schritt zu sein, sondern auch, weil der aktuelle Aufrüstungskurs der Bundesregierung einen Generalangriff auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Lohnabhängigen, Erwerbslosen, Menschen mit Handicap, Rentner:innen, Student:innen, Jugendlichen und Kindern darstellt.

Seit dem Angriff Russlands auf die Ukraine bemüht sich die

Bundesregierung nach Kräften, die Zeitenwende durchzusetzen. Mit dem Sondervermögen Bundeswehr werden die Militärausgaben hochgefahren.

Für die VVN-BdA kann eine antimilitaristische Bewegung, die ein neuerliches »Kanonen-statt-Butter« sabotiert, von entscheidender Bedeutung sein.

Durch eine friedenskonstituierende, kriegsächtende sowie soziale Fragen aufwerfende Bewegung, kann auch der Antifaschismus einen sozialen Gehalt bekommen oder wiedererlangen. In gleicher Art muss die Friedensbewegung zu einem kritischeren Inhalt kommen. In diesem Zusammenhang wird die VVN-BdA-Kreisvereinigung einen Antrag zur Fortführung des 8. Bundeskongresses stellen.

TB

Flüchtlingsrat Niedersachsen: Nein zur diskriminierenden Bezahlkarte

Für Recht und Würde von Geflüchteten

Die niedersächsische Landesregierung (SPD/Grüne) hatte in ihrem Koalitionsvertrag angekündigt, »Rassismus mit aller Kraft zu bekämpfen«. Sie hat versprochen, »dass alle ankommenden Geflüchteten in Niedersachsen gleichbehandelt werden und ihnen möglichst schnell ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht wird«.

Konträr dazu handelte der niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) auf der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) am 20. Juni – dem Weltflüchtlingstag (!) –, wo er eine diskriminierende Form der Bezahlkarte vorantrieb. Setzt die Innenministerin Behrens (SPD) in Niedersachsen die inhumane Form der Bezahlkarte im Verordnungsweg gegen Widerstände in ihrer Partei und ohne Beteiligung des grünen Koalitionspartners in Niedersachsen durch, sollen erwachsene Asylbewerber*innen im Geltungsbereich des Asylbewerberleistungsgesetzes für ihre Existenzsicherung monatlich nur 50 Euro als Taschengeld bar erhalten. Der Rest

von monatlich 410 Euro – für die menschenwürdige Existenzsicherung eines alleinstehenden Erwachsenen hierzulande völlig unzureichend – soll auf die Bezahlkarte gebucht werden.

Demütigung und Ausgrenzung

Scharf protestiert der niedersächsische Flüchtlingsrat gegen den Beschluss der MPK, dem u. a. Thüringen und Bremen nicht zugestimmt haben: »Dieser Beschluss ist ein Votum für eine Rückkehr zu der von uns überwunden geglaubten Politik der Demütigung und Ausgrenzung von Geflüchteten«, kommentiert Claire Deery, Vorsitzende des Flüchtlingsrates. »Lagerunterbringung, Sachleistungen und Bargeldentzug,



Leyla mit Ayub aus dem Sudan werden durch die Bezahlkarte ausgegrenzt. Foto: Mecki Hartung

das hatten wir alles schon einmal. Sollen Schutzsuchende in Deutschland wieder »abgeschreckt« werden?»

Würde der MPK-Beschluss umgesetzt, macht das den Betroffenen das Leben sehr schwer: »Einkäufe

in Second-Hand-Läden, auf Flohmärkten oder kleinen Läden werden nicht oder nur sehr beschränkt möglich sein. Für Schulmaterialien oder die Klassenfahrt der Kinder, ein Eis in der Stadt, die Nutzung einer öffentlichen Toilette oder ähnliche Alltagssituationen fehlt Bargeld. Ein Deutschlandticket, eine Vereinsmitgliedschaft, die Bezahlung des Anwalts oder auch eines Bußgeldes, all dies wird mit der Bezahlkarte kompliziert und schwierig, möglicherweise unmöglich. Wenn die Betroffenen für jede Zahlung, die das Fünzig-Euro-Taschengeld übersteigt und sich mit der Bezahlkarte nicht realisieren lässt, Anträge bei den Sozialämtern stellen müssen, ist das entwürdigend für die Geflüchteten und unnötig belastend für die Verwaltung«, so Claire Deery weiter.

Bereits im Mai hat ein Bündnis von DGB Niedersachsen, Flüchtlingsrat und der Landesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege (AWO, Caritas, Rotes Kreuz, Diakonie, Jüdische Gemeinde Niedersachsen und Paritätischer Wohlfahrtsverband) eine diskriminierungsfreie Gestaltung der Bezahlkarte für Asylsuchende gefordert. Sie haben u. a. ein Bankkonto statt einer Bezahlkarte gefordert. Wenn Bezahlkarte, dann müsse sie so ausgestaltet sein, dass sie einsetzbar ist wie alle anderen Debit- bzw. EC-Karten auch. Der gesamte Bargeldbetrag müsse abhebbar sein und Überweisungen sowie der Lastschriftverkehr müssten mit der Bezahlkarte möglich sein. Es dürften keine bestimmten Händlergruppen ausgeschlossen werden.

Rechtspopulistische Kampagne

Der Flüchtlingsrat hat alle Kommunen und Bürger*innen aufgerufen, öffentlich gegen die Einführung einer diskriminierenden Bezahlkarte Position zu beziehen. Auch wir als VVN-BdA Niedersachsen fordern wie der Flüchtlingsrat die SPD auf, den »rechtspopulistischen Kampagnen gegen Geflüchtete nicht hinterherzulaufen, sondern Solidarität zu zeigen und die Rechte und Würde von Geflüchteten zu verteidigen«.

Ralf Jürgens, KV Hildesheim

Gedenkfeier zum 8. Mai in Peine

Gegen Krieg, Hass und Gewalt

In einem würdigen Rahmen fand das Gedenken der VVN-BdA und des DGB Peine zum »Tag der Befreiung« am 8. Mai 2024 im Peiner Herzberg statt.



Jugendliche der Bodenstedt/Wilhelmschule gestalteten die Feierstunde zum 8. Mai, Tag der Befreiung, unter dem Motto »Weltkrieg – Krieg in der Welt« im Peiner Herzberg vor dem Denkmal für die Opfer des Faschismus mit. Foto: Frank Raabe-Lindemann

In seinem Grußwort erklärte Bürgermeister Klaus Saemann (SPD): »Wir müssen aus der Geschichte lernen und uns darüber klar sein, dass Deutschland vor 79 Jahren von außen befreit werden musste, damit wir heute in Freiheit leben können.« Und weiter »Wir müssen erneut Hass und Gewalt entschieden begegnen und unsere Freiheit

verteidigen.« Er sprach sich klar für ein Verbot demokratiefeindlicher Parteien aus.

Matthias Wilhelm, 1. Bevollmächtigter der IG Metall Salzgitter-Peine, zeigte sich sehr erfreut über die vielen Menschen, die für die Grundwerte von Freiheit und Demokratie auf die Straße gegangen sind. Er warnte davor, dass »Deutschland sich

nicht mit falschen Entscheidungen auf den Weg einer militaristischen Konfrontation und einer möglichen Hochrüstungsspirale begibt«. Der Gewerkschafter forderte Lösungen am Verhandlungstisch.

Jugendliche eingebunden

In seiner Begrüßung zitierte der VVN-BdA-Kreisvorsitzende Peter Baumeister den Hamburger Aufruf zum 8. Mai, in dem den mutigen Frauen und Männern gedankt wird, die ihr Leben im Widerstand gegen den Faschismus eingesetzt haben. Er freute sich, dass auch in diesem Jahr Schülerinnen und Schüler der Bodenstedt/Wilhelmschule die Feierstunde unter dem Motto »Weltkrieg – Krieg in der Welt« mitgestalteten. Sie konnten von eigenen Erfahrungen berichten, denn in ihren zwölf Herkunftsländern herrschen oft Krieg, Gewalt und Vertreibung.

Mit seiner Gitarre umrahmte Helmut Horneffer die sehr gelungene Veranstaltung musikalisch, und zum Schluss legten viele Organisationen und Parteien Kränze zum Gedenken nieder.

Peter Baumeister